

**International Federation of Resistant Fighters (FIR) -  
Association of Antifascists**

# Newsletter

weekly news for veterans and antifascists of today



**Newsletter vom 02.04.2026**

## **UN-Resolution: "Sklavenhandel als schwerstes Verbrechen gegen Menschlichkeit"**

Mit großer Zustimmung hat die FIR einen Beschluss der UN-Generalversammlung vom Ende März 2026 zur Kenntnis genommen, die deutliche Verurteilung von Kolonialismus und die Bewertung des jahrhundertelangen Sklavenhandels als „schwerstes Verbrechen gegen die Menschlichkeit“.

Diese Bewertung folgt dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozess und den dort festgelegten Regeln für das internationale Strafrecht in der juristischen Aufarbeitung der NS-Verbrechen. Gedacht als Grundlage für Urteile über die faschistischen Massenverbrechen gegen jüdische Menschen und andere Bevölkerungsgruppen, haben Nationen heute begonnen, diese juristische Kategorie auch auf Verbrechen gegen ihre eigenen Völker anzuwenden. Die Übernahme von Rechtsprinzipien des Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunals bedeutet in keiner Weise eine Relativierung der faschistischen Massenverbrechen, sondern nimmt darauf Bezug, dass es bis zur Zerschlagung des Nazismus durch die Anti-Hitler-Koalition im internationalen Strafrecht keine gemeinsame Kriterien gab, um Menschheitsverbrechen juristisch verfolgen zu können.

Mit Blick auf die Geschichte dürfte es unstrittig sein, dass der Sklavenhandel, der in früheren Jahrhunderten durchaus „üblich“ war, zu den grundlegenden Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehört. Über mehrere Jahrhunderte wurden Millionen Menschen brutal verschleppt und fern ihrer Heimat als Arbeitssklaven ausgebeutet. Das betraf nicht nur den Handel in Richtung der Vereinigten Staaten, wo deren Arbeitseinsatz zusätzlich mit den schwersten Formen der Rassendiskriminierung verbunden war, sondern fand auch im innerafrikanischen Rahmen statt oder in Richtung verschiedener europäischer

Staaten sowie zur Aufrechterhaltung der Ausplünderung der Kolonien. Damit ist der Sklavenhandel ein Merkmal des Kolonialismus, der bis heute zahlreiche Länder des globalen Südens in ökonomischer Abhängigkeit hält.

Umso bedeutender ist es, dass die UN-Generalversammlung nun diese Form von Verbrechen in aller Deutlichkeit geächtet hat. 123 Staaten stimmten für eine von Ghana eingebrachte Resolution. UN-Generalsekretär Antonio Guterres erläuterte diese Resolution mit den Worten:

"Der transatlantische Sklavenhandel war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das den Kern des Menschseins traf, Familien auseinander riss und Gemeinschaften zerstörte. ... Um das Unentschuldbare zu rechtfertigen, schufen die Befürworter und Nutznießer der Sklaverei eine rassistische Ideologie – und verwandelten Vorurteile in eine Pseudowissenschaft."

In der Resolution fordern die Antragsteller nicht nur die Anerkennung dieser Verbrechen, sondern auch die unentgeltliche "unverzögliche und ungehinderte Rückgabe" von Kulturgütern und Kunstobjekten an Herkunftsländer. Zudem solle es konkrete Schritte zur Wiedergutmachung geben, darunter finanzielle Entschädigungen, Schuldenerlasse und Entwicklungshilfe. Mit Blick auf die Geschichte verstehen sich diese Forderungen von selbst.

Dennoch war die Zustimmung nicht einmütig. Drei Staaten, USA, Israel und Argentinien, stimmten gegen die Resolution, während 53 Staaten, unter ihnen fast alle Staaten der Europäischen Union, und alle früheren europäischen Kolonialmächte, sich enthielten. Dies zeigt eine geschichtspolitische Kluft zwischen Nord und Süd, zwischen den Profiteuren der Sklaverei und deren Opfern. Erstere sehen keine Notwendigkeit zur Wiedergutmachung für Verbrechen, die nach früherem Recht nicht illegal gewesen seien. Zudem betonen verschiedene europäische Staaten, der Holocaust in seiner Singularität sei das schlimmste Verbrechen der Menschheitsgeschichte. Daraus folgen für sie eine Verpflichtung zur Wiedergutmachung für Verbrechen an jüdischen Menschen und eine besondere Beziehung zum Staat Israel. Das dürfte auch der Grund gewesen sein, dass Israel diese Resolution abgelehnt hat, sah die israelische Regierung damit doch ihre Legitimationsgrundlage in Frage gestellt. Ghanas Präsident John Dramani Mahama erklärte bei der Vorstellung dieser Resolution, sie ehre die mindestens 13 Millionen afrikanischen Frauen, Männer und Kinder, die in zahllosen Ländern versklavt worden seien. Die Resolution ist zwar rechtlich nicht bindend, aber zeigt die Überzeugung der Mehrheit der Weltbevölkerung. Sie ist damit ein wichtiges politisches Signal gegen Sklavenarbeit, gesellschaftliche Diskriminierung, Rassismus und wirtschaftliche Ungerechtigkeit. In diesem Sinne unterstützt die FIR diese Resolution der UN-Generalversammlung.

**Fédération Internationale des Résistants (FIR) - Association Antifasciste**

**Office:** Magdalenenstr. 19, D-10365 Berlin

**Phone:** ++49-(0)30-55 57 90 83-4

**Internet:** [www.fir.at](http://www.fir.at); **E-Mail:** [office@fir.at](mailto:office@fir.at),

**facebook:** [www.facebook.com/FederationInternationaleResistants/](http://www.facebook.com/FederationInternationaleResistants/)

**Donations welcome:** Banque account: Postbank Berlin, Owner: FIR

**IBAN DE 04 1001 0010 0543 0541 07 SWIFT-BIC: PBNKDEFF.**